

Alles neu, alles anders, alles besser?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich hoffe, Ihr seid nach einem sicherlich intensiven Schulbeginn inzwischen gut im neuen Schuljahr angekommen und wartet wie ich gespannt darauf, was uns die Regierungsverhandlungen bescheren werden und wer neue/r Unterrichtsminister/in wird. Nachdem alle Vorzeichen auf eine ÖVP-FPÖ-Koalition hinweisen, kommt Österreich, nun ja, „Zurück an die Spitze“ (Titel des Bildungsprogrammes der Neuen ÖVP), und es gibt „Fairness für das Land“ (FPÖ-Slogan). Ob die so oft beschworene Veränderung für das viertreichste Land der EU und das viertsicherste der Welt tatsächlich so dringend notwendig ist, sei dahingestellt. Außer Zweifel steht, dass der Staat, um fit für den Gipfelmoment zu sein, sich einer Schlankheitskur unterziehen wird.

Doch wer immer das Bildungsministerium übernimmt, sollte sich nachhaltig vom Spargedanken verabschieden: Schule ist neben dem Elternhaus jener Faktor, der über ein gelingendes Leben entscheidet. In welches Elternhaus ein Kind hineingeboren wird, obliegt dem Zufall, welche Bildung es bekommt, darf jedoch weder dem Zufall noch den finanziellen Möglichkeiten der Eltern überlassen werden. Bildung ist die Verpflichtung eines jeden Staates – und dieser tut gut daran, allen Heranwachsenden innerhalb eines gut ausgebauten öffentlichen Systems das bestmögliche Angebot zu garantieren. Das ist kein hinausgeworfenes Geld. Es ist eine Investition in die Zukunft des Landes.

Bestmögliche Bildung bedeutet:

- kleine Klassen/Gruppen über alle Schulformen/-stufen hinweg;



von **Christine Mössler**

- Ausbildungsstätten, die intellektuelles und soziales Lernen fördern und nicht be- oder gar verhindern;
- intensive Förderung bei Defiziten und (sprachlichen, sozialen ...) Problemen;
- qualitativ hochwertig ausgebildete, engagierte PädagogInnen mit guten Arbeitsbedingungen, fairen Arbeitszeiten und angemessenem Gehalt, die sich der gesellschaftlichen Wichtigkeit ihrer Tätigkeit bewusst sind. Damit deren Begeisterung erhalten bleibt, braucht es Entlastung bzw. Unterstützung durch

administratives ebenso wie sozialpädagogisch und psychologisch geschultes Stützpersonal für akut oder langfristig auftretende Probleme; außerdem ein breites, interessantes Fortbildungsangebot sowie die Möglichkeit zur unentgeltlichen Supervision – aber auch Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes, falls sich der gewählte Beruf doch als nicht ideal herausstellt.

- Und, ja: Das alles muss für das Elternhaus von Anfang an kostenfrei sein, um Chancengleichheit zu gewährleisten und soziale Benachteiligung auszugleichen.

Bestmögliche Bildung braucht offenen Umgang mit und Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen durch schulische Ganztagsangebote: mit Unterricht einerseits und Lernbetreuung/Freizeitgestaltung durch LernbetreuerInnen/FreizeitpädagogInnen andererseits. Integration und Inklusion müssen gefördert werden, Migration mit all ihren Herausforderungen ist als Realität zu akzeptieren. Und beste Bildung braucht nicht zuletzt die flächendeckende Umsetzung der gemeinsamen Schule: Da der

- ▷ Bildungsweg in Österreich immer noch in einem hohen Maß von Bildungsstand und Einkommen der Eltern abhängt, brauchen wir den klaren politischen Willen zu einer gemeinsamen Schule der Sechs- bis Vierzehnjährigen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Herkunft nicht über Zukunft entscheidet.

Was ist nun von einer ÖVP-FPÖ-Koalition diesbezüglich zu erwarten?

Elementarbildung wird weiterhin je nach Bundesland mehr oder weniger kosten, obwohl beide Parteien (wie schon bisher) Unterstützungsmaßnahmen für besonders bedürftige Familien im Programm haben. Die gesetzliche Verankerung kleiner Klassen und Gruppen findet sich in den Programmen, die sich in vielen Punkten ähneln, ebenso wenig wie eine offene Förderkultur bzw. Inklusion von Kindern mit Migrationshintergrund. Vielmehr sollen Kinder mit geringen Deutschkenntnissen getrennt unterrichtet werden. Zusätzliches Stützpersonal wird davon abhängen, wie viel Geld die neue Regierung für Bildung in die Hand zu nehmen bereit ist.

In puncto Ganztagesangebote sind sich ÖVP und FPÖ einig, dass es sie geben wird müssen. In welchem Ausmaß und welcher Qualität, ist nicht klar formuliert, dies wird wohl letztlich der Finanzminister entscheiden. Auch hier also keine Neuerung. Definitiv kein Fortschritt ist bei der Gemeinsamen Schule zu erwarten: Beide Parteien sprechen sich dagegen aus. Immerhin dürften hier die Landeshauptleute noch ein gewichtiges Wort mitzureden haben, wurden doch auf Druck einiger von ihnen bereits zwischen SPÖ und ÖVP Gesamtschul-Modellregionen vereinbart. Daneben wird auch Neustart Schule gehört werden müssen – die Bildungsinitiative der Industriellenvereinigung spricht sich deutlich für Integration/Inklusion und seit Jahren für die Gesamtschule aus. Angesichts des Naheverhältnisses ÖVP-IV ist zu erwarten, dass diese Punkte doch noch in irgendeiner Form einfließen könnten.

Das Aufschnüren des Autonomiepaketes ist eher unwahrscheinlich, wurde es doch von Andreas Salcher, als Experte ins ÖVP-

Verhandlungsteam geholt, als „erster richtiger Schritt“ bezeichnet, wobei Nachbesserungen bezüglich Klassenschülerhöchstzahlen /Teilungszahlen, bedarfsorientierter LehrerInnenfortbildung und Einbindung der Schulpartner bzw. der Personalvertretung wichtig und sinnvoll wären. Die neue Regierung wird sich aber hüten, das als Reformpaket verkaufte, indirekt jedoch eine Sparmaßnahme darstellende Autonomiepaket anzutasten, wo doch die Rufe der oberösterreichischen ÖVP-FPÖ-Landesregierung nach einem Nulldefizit bereits unüberhörbar sind. Auch das 2013 ohne Zustimmung der Sozialpartner beschlossene LehrerInnendienstrecht wird mit Sicherheit keine Veränderung erfahren, da es ebenfalls in Wahrheit eine Sparmaßnahme darstellt und damit sakrosankt ist. Das „Neue“, die „Veränderung“ – zurzeit sind es hauptsächlich Schlagworte, und womöglich bleibt ja auch in der Bildung einfach nur „alles Neue beim Alten“, wie es die Salzburger Nachrichten formulieren. Mit mehr Testungen an den Schnittstellen, ohne Gesamtschule, ohne Bekenntnis zu Integration und Inklusion. Und die notwendigen Finanzen? Dass gespart werden soll, ist bereits postuliert, dass die versprochenen 12 Milliarden Steuer-senkungen anderswo zu holen sein werden, liegt auf der Hand. Dass das Sparen die Sozialleistungen betreffen wird, ebenso – und da ist dann das öffentliche Bildungssystem auch nicht mehr weit. Eines muss freilich ohne Wenn und Aber sichergestellt werden: Unser Bildungssystem muss weiterhin weltoffen bleiben, eindeutig positioniert auf der Basis demokratischer Werte, verpflichtet den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Frieden. Ein System, in dem Entscheidungen in einem wertschätzenden Dialog mit den Sozialpartnern fallen. Nur so sind persönliche und gesellschaftliche Entwicklung sowie Freiheit und Wohlstand für die Zukunft unseres Landes garantiert. Wir werden uns dafür in Personalvertretung und Gewerkschaft einsetzen und darüber hinaus alle Initiativen gegen Verschlechterungen in der Bildung unterstützen!

Christine Mössler (HLW Graz, stellvertr. Vorsitzende des Fachausschusses Stmk.) | c.moessler@aon.at | 06648977236



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen

Impr.: Steirische Lehrer/innen Initiative – Unabhängige Gewerkschafter/innen (STELI-UG), Bachweg 41, 8042 Graz.
Verantwortliche RedakteurInnen dieser Ausgabe:
Christine Mössler, Alfons Wrann. Druck: Khil, Graz.

STELI-Jour-fixe

Jeden ersten Montag im Monat
von 16 - 18 Uhr im Cafe Kaiserfeld, Graz.

Nächster Termin:

Montag, 5. Dezember 2017

Wir freuen uns auf dein Kommen!

Aktuelle Informationen unter <https://www.facebook.com/STELI.UG> und www.steli-ug.at

MEHRsprachigkeit

„Mehrsprachigkeit ist der Normalzustand, Einsprachigkeit die Ausnahme – für die meisten Menschen der Welt, in den meisten Epochen der Geschichte.“ Das ist der einleitende Satz der im Oktober 2008 an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt aufgestellten 15 Thesen zur Mehrsprachigkeit. Die letzte dieser Thesen beleuchtet die Bildungspolitik: „Wir brauchen eine Schulsprachenpolitik [...], die einen Paradigmenwechsel des österreichischen Bildungssystems in Richtung Transkulturalität und Mehrsprachigkeit bewerkstelligt.“¹



von **Andrea Moser-Pacher**
(HTL Weiz)

Wie sieht die Realität neun Jahre später aus? Österreich ist ein Einwanderungsland, auch ohne die großen Flüchtlingsströme von 2015 sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache: Im Schuljahr 2015/16 wiesen 23,8% aller SchülerInnen in Österreich eine andere Erstsprache als Deutsch auf.² In den Pflichtschulen in Wien waren es 61%, in den Berufsbildenden Schulen immerhin 40,7%. Die Situation in der Steiermark zeigt zwar weniger drastische Zahlen, die Tendenz ist aber steigend, und in manchen Stadtbezirken von Graz liegt die Zahl weit über dem steirischen Schnitt: 17,7% in den Pflichtschulen, 11,6% in den Berufsbildenden Schulen.

Die Mehrsprachigkeit ist angekommen im österreichischen Schulwesen, allerdings nur, was die Schülerpopulation betrifft. Die Problemlage skizziert Georg Gombos, Universität Klagenfurt, folgendermaßen:

- *Monolingualer Habitus*: Wie schon von Ingrid Gogolin (1994) für Deutschland herausgearbeitet, herrscht auch im österreichischen Schulsystem der „monolinguale Habitus“ vor, das heißt, dass erwartet wird, dass die Schülerinnen und Schüler mit guten Deutschkenntnissen in die Schule kommen und man auf etwaige andere Herkunftssprachen keine Rücksicht nehmen muss.
- *Defizitorientierung statt Ressourcenorientierung*: Als pädagogische Maxime scheint noch immer mehrheitlich zu gelten, dass Schülerinnen und Schüler dann am meisten profitieren, sich dann am motiviertesten fühlen, wenn man ihnen nur oft genug ihre Fehler vorhält. Es weiß zwar jeder vernünftige Mensch, dass dies nicht der Fall sein kann – nur an der Schule scheint das (mehrheitlich) vorüberzugehen.
- *Frühe Selektion und Vererbung von Bildung*³

Zum letzten Punkt ist anzumerken, dass neurowissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben, dass Kinder mit Deutsch als Zweitsprache ungefähr sechs Jahre brauchen, um in der Schulsprache Deutsch perfekt zu werden. Das heißt im Klartext,

dass vier Jahre Volksschule eine zu kurze Zeitspanne umfassen, damit sich Perspektiven für den Bildungsgang der Kinder entwickeln können und damit der Aufstieg in der (Wissens-)Gesellschaft möglich wird. Die Spirale nach unten beginnt sich zu bewegen ...

Zunächst einmal gilt es den Begriff „Mehrsprachigkeit“ genauer zu beleuchten: Einerseits gibt es die Mehrsprachigkeit durch autochthone Minderheitensprachen. In Österreich betrifft das in erster Linie die slowenische, kroatische und ungarische Volksgruppe. Nach Anlaufschwierigkeiten in den 1960er Jahren sind zweisprachige Schulen mittlerweile gut etabliert und auch

von Eltern nachgefragt, die selber diese Minderheitensprachen nicht sprechen. Mehrsprachigkeit wird von ihnen als Schatz und Chance begriffen.

Die zweite und quantitativ wichtigste Form der Mehrsprachigkeit ist der Fremdsprachenunterricht: Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch, das derzeit als besonders „sexy“ gilt. Das sind Sprachen mit großem Prestige und großer Wirkungsbreite in Politik und Wirtschaft. Gesellschaftliche Eliten und bildungsbewusste Eltern schicken ihre Sprösslinge bevorzugt in bilinguale Schulen – perfekte Englischkenntnisse gelten als Muss, Parlieren in mehreren dieser Sprachen als Ideal.

Wie anders sieht es mit der dritten Form der Mehrsprachigkeit aus – mit der von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund oder, wie es korrekt heißt, mit anderen Erstsprachen als Deutsch! Albanisch, Rumänisch, BKS, Türkisch, Ungarisch etc. sind keine prestigeträchtigen Sprachen, noch dazu, wenn die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen in Berufen arbeiten, die im unteren Einkommens- und Ansehensspektrum verortet sind: Reinigungskräfte, Bauarbeiter, Kebab-Verkäufer, Krankenpflegerinnen usw.

Die gesellschaftliche Atmosphäre der Geringschätzung oder gar der Abwertung wirkt sich fatal auf die Kinder (und ihr Selbstbild) aus. Wie Deutsch lernen, wenn man sich der eigenen Herkunft schämt und die Familiensprache versteckt oder gar gelehnt wird? Der Fluchtpunkt heißt dann: „Gemma Lugner“, „Gemma Mackie“. Der Konsumtempel ersetzt das „Stucken“, wie wir in

1) Werner Wintersteiner, Georg Gombos, Daniela Gronold: 15 Thesen zur Mehrsprachigkeit. In: ÖDaF-Mitteilungen 2/2008, S. 60f.

2) Informationsblätter zum Thema Migration und Schule Nr. 2/2016-17, hrsg. vom BMB, Arbeitsstelle für Migration und Schule. Abzurufen unter: www.schule-mehrsprachig.at

3) Georg Gombos: Die Gegenwart ist mehrsprachig – die Zukunft auch! Mehrsprachigkeit als Herausforderung für Gesellschaft, Institutionen und Individuen. In: ide-Themenheft: Sprachliche Bildung im Kontext von Mehrsprachigkeit 4/2015, S. 12f.



▷ der Oststeiermark zum disziplinierten und konsequenten häuslichen Lernen sagen.

Und hier öffnet sich schon das nächste Feld der Mehrsprachigkeit. Neben den oben beschriebenen Formen der äußeren Mehrsprachigkeit, gilt es auch, die innere Mehrsprachigkeit ins Auge zu fassen: den Dialekt, die Jugendsprache, die SMS-Sprache u.a. Nicht zuletzt zählt auch eine Form dazu, die sich durch sprachschöpferischen Witz auszeichnet, nämlich die Quersprachigkeit – bei uns in Österreich ist das beispielsweise das „Jugo-Deutsch“, das auch gerne und mit viel Ironie von den österreichischen Jugendlichen gesprochen wird. Hajde! Neuerdings trifft auch die Sprache der muslimischen Flüchtlinge ins Deutsche:

Die arabische Anrede „habibi“ findet sich wieder in der Anrede: „Was machst du da, Bruder“ und ersetzt das Altbekannte „Was machst du da, Oida“.

Tipp: Unbedingt diese Sprachenvielfalt in den Unterricht hereinnehmen! Startklar sein für das Konzept der Mehrsprachigkeit! Darf die individuelle Sprache der Jugendlichen auch in der Schule ans Licht und erfährt der junge Mensch dadurch Wertschätzung oder gar Bewunderung, so stellt das die beste Ausgangsbasis für das Erlernen der Bildungssprache Deutsch dar.

Die Hürde zu dieser, das darf nicht vergessen werden, ist für Kinder, die zuhause nur Dialekt hören oder sehr (sprach-)arm aufwachsen, nahezu genauso hoch wie für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache.

Fortsetzung folgt!

Andrea Moser-Pacher unterrichtet Deutsch und Geographie an der HTL Weiz und ist ARGE-Leiterin für Deutsch an HTL

Diplomarbeiten – Bürokratie zum Quadrat

„Die Plattform ‚Diplomarbeiten-DB‘ bildet den Genehmigungsprozess der Themenstellung bis zur Einreichung der fertigen Diplom- bzw. Abschlussarbeit ab.“ So steht es auf der entsprechenden Homepage, über die jetzt die für alle SchülerInnen verpflichteten Diplomarbeiten eingereicht und genehmigt werden müssen.

Wie ist nun das Prozedere? Die Diplomarbeit muss zuerst der/die jeweilige BetreuungslehrerIn genehmigen (der/die üblicherweise ja ohnehin schon vorher mit seinen/ihren SchülerInnen das Ganze besprochen und bei der Entwicklung der Arbeit geholfen hat). Dann muss sie von den jeweiligen AbteilungsvorständInnen genehmigt werden, danach vom Direktor oder von der Direktorin der Schule. Schließlich kommt sie zu den zuständigen Landes- und SchulinspektorInnen, die ebenfalls zustimmen müssen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass von der letztgenannten Instanz im vergangenen Schuljahr die eingereichten Arbeiten im ersten Durchlauf, zumindest im Bereich der Humanberuflichen Schulen, fast flächendeckend abgelehnt wurden. Was – beabsichtigt oder nicht – dazu geführt hat, dass die vorgeleiteten Instanzen noch genauer hinzuschauen begonnen haben. Die Folge: Eine Arbeit wurde insgesamt sechsmal abgelehnt, viermal durch die letzte Instanz, wobei es nie gravierende Mängel gab, sondern jedes Mal Kleinigkeiten beanstandet wurden. Und nachdem die überarbeitete Arbeit wieder eingereicht worden war, konstatierte die nächste Kontrolle weitere kleine Mängel, die allerdings schon vorher angesprochen hätten werden können ... Schikane?

Präzises Arbeiten auf allen Seiten wäre natürlich wünschenswert und ist gerade beim wissenschaftlichen Arbeiten ein wichtiges Ziel. Aber wenn die Energie, die in der Diplomarbeit sehr gut



von **Karlheinz Rohrer**

aufgehoben wäre, über Monate hinweg fast nur in den Genehmigungsprozess fließt, dann läuft etwas falsch. Hier ist ein Bürokratismus hochgezogen worden, der einem Gelingen der Diplomarbeit eher im Wege steht, als dieses unterstützt.

**Karlheinz Rohrer (BAfEP Hartberg, Fachausschuss Stmk.) |
karlheinz.rohrer@gmx.at |
069981389558**

Jubiläumswendung

Nach 25 Dienstjahren gebührt einer Beamtin oder einem Beamten eine Jubiläumswendung in der Höhe des doppelten Monatsbezuges. Nach 40 Dienstjahren beträgt die Zuwendung das Vierfache des Monatsbezuges. Erfolgt ein Übertritt in den Ruhestand zum Regelpensionsalter (65 Jahre), kann die Zuwendung bereits ab einem Besoldungsdienstalter von 35 Jahren gewährt werden, bei vorzeitigem Pensionsantritt müssen allerdings 40 Dienstjahre zur Erlangung erreicht werden.

Scheidet eine Beamtin oder ein Beamter durch Tod aus dem Dienststand aus, kann die Jubiläumswendung ab einem Besoldungsdienstalter von 35 Jahren den versorgungsberechtigten Hinterbliebenen ausbezahlt werden.

Der Jubiläumswendung ist der Monatsbezug zugrunde zu legen, welcher der vollen besoldungsrechtlichen Stellung zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienststand entspricht. Rechtliche Grundlage ist das Beamtendienstrechtsgesetz, § 20c.

**Josef Innerwinkler (HTL Graz (BULME), Mitglied des FA Stmk.)
josef.innerwinkler@utanet.at | 06605512430**